

## PRESSEMITTEILUNG



### „JUGEND STÄRKEN“ muss langfristig gesichert werden – um jungen Menschen echte Perspektiven zu geben

Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit setzt sich für die Absicherung und Fortsetzung der bundesweiten Initiative und ihrer Programme ein



**Berlin, 30. November 2010.** Die im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit zusammengeschlossenen sieben bundesweiten Organisationen setzen sich in einem heute veröffentlichten Positionspapier dafür ein, die Initiative „JUGEND STÄRKEN“ umfassend fortzusetzen. „Damit Nachhaltigkeit und Planungssicherheit gewährleistet sind, dürfen die neuen Angebote und Strukturen nicht am Ende der Förderphase einfach auslaufen. Jetzt ist vielmehr eine schnelle finanzielle Sicherung bis 2013 und auch darüber hinaus dringend geboten“, so Walter Würfel, Sprecher des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit.



„Allen jungen Menschen die Integration in einen Beruf sowie ein selbstständiges Leben zu ermöglichen, ist eine zentrale gesellschaftliche Herausforderung für die kommenden Jahre, die nur in enger Zusammenarbeit vieler Akteure und der unterschiedlichen staatlichen Ebenen zu bewältigen ist“, heißt es in dem Papier. Die Initiative „JUGEND STÄRKEN“ rücke die Chancen junger Menschen mit schlechten Startvoraussetzungen in den Fokus und fördere ein Netzwerk von abgestimmten Strukturen der Jugendsozialarbeit an über 1.000 Standorten, das die kommunale Jugendsozialarbeit allein so nicht gewährleisten könne. „Diese bundesweiten Programme haben eine echte Lücke geschlossen“, so Walter Würfel. „Junge Schulverweigerer erhalten eine 2. Chance auf einen Schulabschluss sowie eine Ausbildung. Kompetenzagenturen lotsen Jugendliche, die von Ausgrenzung bedroht sind, durch das komplexe Übergangssystem, um soziale und berufliche Integration zu erreichen.“



Zur Fortführung der Bundesprogramme werden Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) benötigt. Nach dem Auslaufen der ESF-Förderphase im Jahr 2011 steht die finanzielle Absicherung und somit die Weiterführung der Programme in Frage. In einem Schreiben an Bundesministerin Kristina Schröder appelliert der Kooperationsverbund, insbesondere die weitere Finanzierung der Programme *Schulverweigerung – Die 2. Chance* und *Kompetenzagenturen*



1/2

zeitnah zu klären. „Zur Sicherung und Fortsetzung der Projektstandorte bedarf es mittel- und langfristig auch des umfassenden Engagements der Kommunen sowie weiterer Unterstützung aus dem Europäischen Sozialfonds“, stellen die Vertreter/innen aller Organisationen des Kooperationsverbundes fest. „Daher bieten wir dem Bundesministerium gerne unsere fachpolitische Unterstützung an und werden uns auf allen Ebenen für die weitere Finanzierung der Programme einsetzen.“

Das Positionspapier steht unter [www.jugendsozialarbeit.de](http://www.jugendsozialarbeit.de) als Download zur Verfügung.



## **Ansprechpartnerin:**

Annika Koch

Referentin für Öffentlichkeitsarbeit im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit

Telefon: 030 / 28 87 89 59; E-Mail: [annika.koch@jugendsozialarbeit.de](mailto:annika.koch@jugendsozialarbeit.de)

Internet: [www.jugendsozialarbeit.de](http://www.jugendsozialarbeit.de)

*Im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit haben sich die Arbeiterwohlfahrt (AWO), die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSÄ) und die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS), die Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit (BAG ÖRT), DER PARITÄTISCHE Gesamtverband (DER PARITÄTISCHE), das Deutsche Rote Kreuz (DRK) und der Internationale Bund (IB) zusammengeschlossen. Sein Ziel ist es, die gesellschaftliche und politische Teilhabe von benachteiligten Jugendlichen zu verbessern.*